

Das folgende Exposé soll einen Überblick über die Thematik und die Methodik meiner Bachelorarbeit geben sowie eine grobe Gliederung der Arbeit beinhalten. Darin möchte ich die Rolle der Privatwirtschaft in der Nachhaltigen Stadtentwicklung am Beispiel des Projekts *Ökoprofit* der Stadt Bonn untersuchen. Die Arbeit soll wie folgt gegliedert werden.

Nachhaltige Stadtentwicklung und Lokale Agenda 21

In Städten wachsen bis heute eine Reihe gravierender Probleme, die insbesondere die umweltbezogene Perspektive betreffen. Dabei lassen sich in Deutschland folgende Trends ausmachen: die zunehmende disperse Verstädterung, das Auseinanderfallen der einst eng verflochtenen Funktionen und die Zunahme des Individualverkehrs sowie verwandter Problemfelder dieser Aspekte. In Folge der Diskussion um *Sustainable Development*, die 1987 mit dem Brundtland-Bericht aufkam, hat sich in der Stadtplanung zunächst das Leitbild einer ökologischen, möglichst umweltgerechten Stadt Mitte der 1980er Jahre und später einer nachhaltigen Entwicklung, d.h. ressourcenschonender und umweltverträglicher Städtebau, herausgebildet. Die Konferenz der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro entwickelte unter dem Namen *Agenda 21* ein Aktionsprogramm, das nachhaltige Entwicklung und die Lösung weltweiter Umweltprobleme durch die Zusammenarbeit von Industrie- und Entwicklungsländern. Darin heißt es: „*Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der Agenda. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle*“. Auf Grundlage der Beschlüsse soll daher jede Kommunalverwaltung ein umfassendes Handlungsprogramm, die *Lokale Agenda 21*, für eine ökologisch, sozial und wirtschaftlich verträgliche Entwicklung erarbeiten. Die Partizipation lokaler Akteure, wie Bürger und Unternehmen, gilt dabei als zentraler Bestandteil. Weitere Forderungen nach einer nachhaltigen Entwicklung wurden auf der Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden durch die *Charta von Aalborg* und die UN-Weltkonferenz über Menschliche Siedlungen *Habitat II* laut. In der Nachhaltigen Stadtentwicklung wurden schließlich die räumlichen Ordnungsprinzipien Dichte, Nutzungsmischung und Polyzentralität herausgearbeitet, die auf den Überlegungen der städtebaulichen Diskussion seit Mitte der 1980er Jahre zum Leitbild *Ökologische Stadt* aufbauen und direkt an die oben beschriebenen Trends der Stadtentwicklung anknüpfen. Diese Ansätze sollen in den politischen Handlungsfeldern der Boden-, Verkehrs- und Umweltpolitik aufgefasst und in kommunale Handlungsstrategien, im Sinne der

Beschlüsse 1992 von Rio de Janeiro, durch die Partizipation von Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft in einer Lokalen Agenda zur nachhaltigen Stadtentwicklung umgesetzt werden.

Die Rolle der Privatwirtschaft

Eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik zum Stand der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Städten hat gezeigt, dass die Städte insgesamt sehr aktiv sind, was sowohl die Zielfindung einzelner Handlungsfelder als auch die durchgeführten oder vorbereiteten Maßnahmen betrifft. Im Handlungsfeld „Umwelt und Wirtschaft“ ließ sich jedoch eine relativ geringe Aktivität feststellen. Welche Rolle aber spielt die Wirtschaft in einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene? In Kapitel 28.3 der Agenda 21 werden die Kommunen dazu aufgefordert, den Dialog mit der Bevölkerung, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft zu suchen. Die Beteiligung der Wirtschaft gilt dabei als ein wichtiger Bestandteil kommunaler Nachhaltigkeitspolitik. Zum einen werden durch die Sicherung von Arbeitsplätzen soziale Aspekte berücksichtigt, zum anderen tragen Unternehmen zur Umweltbelastung bei und müssen somit auch in ökologische Maßnahmen eingebunden werden. Eine umweltverträgliche Produktion sowie verantwortungsbewusste Unternehmerschaft stellen daher zentrale Programmbereiche des Handlungsfeldes dar. Kommunen können hier vor allem bei der Verbesserung der Umweltverträglichkeit von Betrieben Unterstützung zum Beispiel in Form von Beratungsleistungen ansetzen. Ein solches Angebot stellt das Umweltberatungsprogramm *Ökoprofit* der Stadt Bonn dar.

Das Beispiel Bonn

Ökoprofit ist ein Kooperationsprojekt zwischen Kommunen und Wirtschaft mit dem Ziel einer erfolgreichen Umsetzung des betrieblichen Umweltschutzes bei gleichzeitiger Kostensenkung in den Unternehmen, welches 2007 in Bonn eingeführt und Teil der Lokalen Agenda der Stadt wurde. Dabei erarbeiten Unternehmen zusammen mit Umweltberatern und Fachleuten Strategien zur Verminderung von Abfall, Emissionen, Wasser und Energie um zum kommunalen Umweltschutz beizutragen. Doch wie entsteht der Dialog zwischen Stadt und Privatwirtschaft vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Stadtentwicklung und wie sieht dieser aus? Sind die Unternehmen bereit zum kommunalen Umweltschutz beizutragen? Und was ist die Motivation oder der Anreiz für die Stadt oder ein Unternehmen am Projekt *Ökoprofit* teilzunehmen? Ist der Nutzen erkennbar oder sogar messbar? Diese und andere Fragen sollen anhand von Experteninterviews mit der Sachbearbeiterin des Projekts *Ökoprofit* der Stadt Bonn und dem Geschäftsführer der Firma Josef Küpper Söhne GmbH, zertifiziertes Mitglied der Initiative „Ökoprofit Bonn“, beantwortet werden. Auf dieser Grundlage soll abschließend diskutiert werden, ob und wie das Projekt *Ökoprofit* zur nachhaltigen Stadtentwicklung in Bonn beiträgt.